



Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität | Postfach 31 60 | 55021 Mainz

Vorsitzende des Ausschusses
für Wissenschaft
Frau Marion Schneid, MdL
Platz der Republik 1
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz
18/4533
VORLAGE

DIE MINISTERIN

Kaiser-Friedrich-Straße 1
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Poststelle@mkuem.rlp.de
<http://www.mkuem.rlp.de>

21. September 2023

Mein Aktenzeichen

0102-0001#2023/0235-1401
MB.0013
Bitte immer angeben!

Ihr Schreiben vom

Ansprechpartner/-in / E-Mail

MB2-Landtag@mkuem.rlp.de

Telefon / Fax

(06131) 16-5930

Sitzung des Wissenschaftsausschusses vom 7. September 2023

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

in der Sitzung des Wissenschaftsausschusses vom 7. September 2023 wurde zu

TOP 6) Aktueller Sachstand Semesterticket und Deutschlandticket,
Antrag der Fraktion der AfD, Vorlage 18/4367

zugewagt, den Sprechvermerk zur Verfügung zu stellen. Dieser ist in der Anlage beigefügt.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Katrin Eder

1/3

Verkehrsanbindung

☺ Sie erreichen uns ab Hbf. mit den Linien 6/6A (Richtung Wiesbaden), 64 (Richtung Laubenheim), 65 (Richtung Weisenau), 68 (Richtung Hochheim), Ausstieg Haltestelle „Bauhofstraße“. ☺ Zufahrt über Kaiser-Friedrich-Str. oder Bauhofstraße.

Parkmöglichkeiten

Parkplatz am Schlossplatz
(Einfahrt Ernst-Ludwig-Straße),
Tiefgarage am Rheinufer
(Einfahrt Peter-Altmeier-Allee)



Sprechvermerk zu TOP 6) Aktueller Sachstand Semesterticket und Deutschlandticket, Antrag der Fraktion der AfD, Vorlage 18/4367, WissenschaftsA vom 7. September 2023

Am 2. Mai 2023 wurde in diesem Ausschuss letztmals über das Thema „Semesterticket“ berichtet. Leider gibt es jedoch bis heute immer noch kein Ergebnis der bundesweiten Verhandlungen zum Thema Semesterticket. In einer inzwischen sehr zäh verlaufenden Diskussion versuchen die Länder – in einer ziemlich geschlossenen Front – die Bundesregierung davon zu überzeugen, ihren Teil der finanziellen Verantwortung für das Projekt zu übernehmen.

Derzeit favorisieren die Länder das Modell eines bundeseinheitlichen Solidar-Semestertickets zu einem Preis von 29,40 Euro pro Monat, das sind 60 % des Normalpreises eines D-Tickets. Jede Hochschule kann entscheiden, ob dieses Ticket dort solidarisch angeschafft wird, zu den Standard-Konditionen „D-Ticket Campus“. Eine Hochschule kann aber auch ihr bisheriges regionales Semesterticket behalten oder die Studierendenschaft entscheidet sich ganz gegen ein Semesterticket.

Zu einem bundeseinheitlichen Solidarmodell wurden Berechnungen angestellt. Für Rheinland-Pfalz wäre dieses Modell nahezu kostenneutral, was aber nicht für alle Länder gelten würde. Aber die Kosten wären in allen Ländern überschaubar, verglichen mit den Kosten des D-Tickets für Jedermann.

Voraussetzung für dieses Modell wäre aber, dass auch diese Kosten in den Gesamtopf der Defizite zum Deutschlandticket einfließen. Und an dieser Stelle weigert sich derzeit noch die Bundesregierung, die den Auftrag „Deutschlandticket“ als erfüllt ansieht und weitere Aktivitäten komplett den Ländern überlassen möchte.

Sollte es hier nicht zu einer Einigung kommen, besteht die Befürchtung, dass alle solidarisch finanzierten Semestertickets - das sind nahezu alle Semestertickets – rechtlich keinen weiteren Bestand haben dürften. Das Solidarmodell ist juristisch nur haltbar, wenn es einen erheblichen preislichen Abstand zu den regulären Ticketpreisen gibt, was nun nicht mehr der Fall wäre. Als Folge müssten die Hochschulen oder die Verbände die Semestertickets kündigen. Dies würde die Länder erheblich teurer zu stehen kommen, als die Einführung des bundeseinheitlichen Solidarmodells, besagen die Modellrechnungen.



Jedoch gibt es auch noch einen positiven Aspekt zu berichten. Seit dem ersten September gibt es nämlich in allen Verkehrsverbänden in Rheinland-Pfalz die Option, die bisherigen Semestertickets fakultativ zum D-Ticket aufzuwerten. Das heißt, wenn ein Studierender die Differenz zwischen seinem Semesterticketpreis und dem D-Ticketpreis zahlt, gilt sein Ticket als reguläres D-Ticket und kostet auch so viel. Mehr als 49 Euro muss also auch jetzt schon kein Studierender in RLP mehr für seine monatliche Mobilität zahlen. An der größten Hochschule des Landes, der JGU, macht man von diesem Modell seit dem 1. September Gebrauch. Aktuell sind somit die größten Probleme vom Tisch, aber die Übergangslösungen („Upgrade“) sind genau das – ein Übergang.